

Pflichtexemplare an Landesbibliotheken

Der Landtag hat in 2. Lesung den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und GRÜNEN über die Ablieferung von Pflichtexemplaren (Drs. 11/4926) angenommen. Die Vorsitzende des Kulturausschusses, **Hildegard Matthäus** (CDU), erklärte zur Begründung, es sei ein Pflichtexemplargesetz. Die Aufgaben seien bisher im Pressegesetz geregelt gewesen. Das reiche aber nicht mehr aus, weil eine Reihe von neuen Publikationsformen zu berücksichtigen sei. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben seien die Universitätsbibliotheken Bonn für den Regierungsbezirk Köln, Düsseldorf für den Regierungsbezirk Düsseldorf sowie Münster für die Regierungsbezirke Arnsberg Detmold und Münster beauftragt. Alle drei Bibliotheken würden künftig „Universitäts- und Landesbibliothek“ heißen. Frau Matthäus gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Konstruktion der Dreiteilung auf Dauer als tragfähig erweise.

★

Rheinischer Städteatlas

Nirgends in Europa ist die Idee, historische Atlanten für alle Städte des alten Kontinents zu erarbeiten, so weit gediehen wie im Rheinland. In diesen Tagen erscheinen, 20 Jahre nach der ersten Edition, großformatige Mappen zu fünf rheinischen Gemeinden, die entweder noch heute selbständige Städte sind oder während ihrer Geschichte einmal Stadtrechte besaßen. Zu ihnen gehören das niederbergische Velbert, das einst selbständige, heute zu Köln gehörige Kalk, das Eifelstädtchen Monschau und das jetzt zu Kalkar gehörige Grieth. Damit liegen, in wissenschaftlicher Prägnanz und Kürze vom Amt für Rheinische Landeskunde des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) herausgegeben, 57 Mappen vor. Nach seiner Fertigstellung wird der „Rheinische Städteatlas“ insgesamt 187 Städte und alte Stadtrechtsorte umfassen.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 10 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,
8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestellt, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Marianne Hürten (DIE GRÜNEN)

Nicht gerade grün-typisch verlief der Weg von Marianne Hürten in den Landtag. Nach der Schule ließ sich die am 20. Februar 1953 geborene Abgeordnete bei der Bayer AG als Chemielaborantin ausbilden, engagierte sich in der DGB-Jugend und wurde schon bald Mitglied im Betriebsrat. Doch SPD-Arbeit innerhalb der IG-Chemie, worauf ein solcher Lebenslauf hindeuten könnte, war nie die Sache der kämpferischen Kölnerin. Bis heute beklagt sie den „Schmusekurs“ vieler sozialdemokratischer Betriebsräte. Und ihre eigene Gewerkschaft hält sie für blind gegenüber den Umweltgefahren, zum Beispiel bei der Dünnsäure-Verklappung; im Konfliktfall würde stets nur das „Arbeitsplatzargument“ zählen.

Konsequenterweise kandidiert Marianne Hürten in schöner Regelmäßigkeit auf einer alternativen Betriebsratsliste, ebenso konsequent versuchte die IG Chemie immer wieder ihr widerspenstiges Mitglied auszuschließen — bisher vergeblich. Ihre politische Heimat fand die konfliktbereite Arbeitnehmerin schließlich bei den Grünen, bei denen sie 1980 Mitglied und für die Landtagswahl in NRW 1985 Spitzenkandidatin wurde. Als sie während des Wahlkampfs öffentlich die von Bayer zu verantwortenden Umweltrisiken anprangerte, drohten ihr auch noch disziplinarrechtliche Schritte seitens des Arbeitgebers wegen „betriebsschädigenden Verhaltens“.

Doch der persönliche Einsatz bis an den Rand der eigenen Existenzgefährdung führte seiner Zeit nicht zum politischen Erfolg; die Grünen scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Im zweiten Anlauf, wenn auch nicht mehr als Nummer 1 der Landesliste, gelang aber dann 1990 der Sprung ins Düsseldorfer Parlament.

Hier versucht Marianne Hürten seitdem vor allem Grüne Frauenpolitik durchzusetzen. Ihr Leitgedanke: Frauen haben ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung. Als frauenpolitische Sprecherin der Fraktion sieht sie trotz prinzipiell gemeinsamer Ziele in der Frauenministerin den politischen Gegner. Nicht zuletzt deren schwache Position im Kabinett habe an der strukturellen Benachteiligung von Frauen kaum etwas geändert. Das Frauenfördergesetz der Landesregierung ist in ihren Augen kaum „das Papier wert, auf dem es gedruckt ist“. Das von Marianne Hürten federführend ausgearbeitete „Antidiskriminierungsgesetz“ fordert hingegen zum Beispiel konsequent die Quotierung auf allen Ebenen.

Doch für radikal-feministische Leitgedanken ist im Landtag weit und breit keine Mehrheit in Sicht, das bedeutet für eine ausgewiesene Feministin einen schweren Stand. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die eigenen Ideen durchzusetzen, leidet die Grüne Abgeordnete unter dem all-

gemeinen Desinteresse, das „Frauenthemmen“ im Landtag wie in der Öffentlichkeit generell hervorrufen. Und es erschreckt sie regelrecht, wie „unreif“ vor allem männliche Abgeordnete mit „saublöden Bemerkungen“ auf frauenpolitische Debatten, zum Beispiel über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, reagieren würden.

Sitzungsfreie Wochen nutzt Marianne Hürten ausgiebig für die Teilnahme an Besprechungen bei Bayer. Aufgrund konkreter Betriebserfahrungen verfaßte sie beispielsweise eine Große Anfrage zur Gewerbeaufsicht, die allerdings die eigene Fraktion immer wieder auf die lange Bank geschoben habe. Vor dem Hintergrund der jüngsten Chemie-Unfälle fordert sie unter anderem Mindestschichtbesetzungen in den Betrieben. Die Anbindung an die „reale Arbeitswelt“ empfindet sie einerseits als hilfreich für die politische Arbeit, andererseits auf Dauer als zu kräftezehrend. Das heißt für die nächste Legislaturperiode: Landtag oder Betriebsrat.

Im Rückblick auf die bisherige Tätigkeit im Landtag fällt der zum linken Flügel der Partei gehörenden Abgeordneten spontan ein Erfolgserlebnis ein: Die Landesregierung habe auf ihre Initiative hin 1,5 Millionen Mark für vergewaltigte Frauen in Bosnien bereitgestellt.

In der Regel aber lehnten Mehrheitsfraktion und Landesregierung ihre Vorschläge erst einmal ab, um sie später im Zuge eigener Gesetzesvorschläge teilweise wieder aufzugreifen. Marianne Hürten nimmt solche parlamentarischen Spielchen inzwischen gelassen hin; letztendlich würde auch so die Politik insgesamt „angeschoben“. Immerhin würde die eigene Fraktion in sämtlichen Gesetzesvorlagen inzwischen die „frauenpolitischen Gesichtspunkte“ berücksichtigen. Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)